

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	63 (1984)
Heft:	11
Artikel:	Die Zustimmung zum Panzergeschäft Leopard 2 : Armee, Parlament und Partei
Autor:	Piller, Otto
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340159

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armee, Parlament und Partei

Von Ständerat Otto Piller, Freiburg

In der Herbstsession hat der Ständerat das Panzergeschäft beraten und verabschiedet. Um den Panzer Leo 2, das grösste Rüstungsgeschäft, das die Eidgenossenschaft je getätigt hat, ist innerhalb der SP – wie könnte es anders sein – eine Diskussion entbrannt. Eine ganze Reihe von SozialdemokratInnen haben sich gegen den Kauf des Panzers öffentlich ausgesprochen. Otto Piller, Ständerat aus Freiburg, hat dazu im Ständerat eine bemerkenswerte Rede an seine Ratskolleginnen und -kollegen gehalten. Er hat dem Plenum der kleinen Kammer einige Punkte aus dem Parteiprogramm der SPS erläutert.

Erlauben Sie mir, dass ich ausnahmsweise hier einmal den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei darlege, der sich allerdings fast ausnahmslos *immer* mit dem meinigen deckt. Ich werde dabei einige grundsätzliche Überlegungen anbringen, die über das Panzergeschäft etwas hinausgehen. Ich möchte dies tun, weil immer wieder behauptet wird, dies vornehmlich von bürgerlichen Kreisen, die sozialdemokratische Partei sei in militärischen Fragen kein verlässlicher Partner. Diese Vorwürfe werden natürlich zu Unrecht erhoben.

Im neuen Parteiprogramm der Sozialdemokraten steht unter viel Lesenswertem zur Sicherheitspolitik folgendes geschrieben: «In einer Welt voller Unrechtfertigkeit und Machtkonzentration dienen die Armeen häufig der Beherrschung eigener oder fremder Länder. Militärische Abwehrbereitschaft zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Unabhängigkeit ist für uns ein notwendiges Übel. Die Armee ist ein Instrument der Aussenpolitik; niemals darf sie Selbstzweck sein. Sie ist nur glaubwürdig, sofern die Bevölkerung auch wirklich bereit ist, mit der Milizarmee ihre Freiheiten, Rechte und sozialen Errun-

genschaften zu verteidigen! Die Einsicht in die Notwendigkeit der Armee darf nicht dazu führen, dass Armee, Rüstung und Verteidigungsausgaben tabuisiert werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf die Armee einer schweizerischen Produktionsbasis für Rüstungsgüter mittlerer Technologie, die der grossen Zahl von Wehrmännern die minimale Ausrüstung sichern kann.»

Aus dieser Sicht der Dinge wurde aus SP-Kreisen heraus im Nationalrat durch die Fraktion und im Ständerat durch Herrn Belser je eine Motion eingereicht, mit dem Ziele, den Ausbau unserer Armee in Richtung immer komplexerer Waffensysteme nicht ins Uferlose wachsen zu lassen. Es gilt den Militärs Schranken und Leitplanken zu setzen, und zwar durchs Parlament.

Diese Schranken sind nach uns durch folgendes bestimmt:

- Das Milizsystem, mit einer zahlenmäßig grossen Armee, schwergewichtig Infanterie. Wollen wir unsere Infanteristen optimal ausrüsten, führt dies zwangsläufig dazu, dass wir uns beispielsweise nicht die amerikanische Armee in Taschenformat leisten können.
- Von der Kleinheit und Topographie her lässt unser Land den

Einsatz hochmoderner Rüstungsgüter nur beschränkt zu.

– Die Bundesfinanzen sind limitiert, und die Ausgaben für die Armee haben nicht Priorität vor anderen Staatsaufgaben wie Sozialwesen, Bildung, Landwirtschaft.

Die Motionen, die als Postulate in beiden Räten überwiesen wurden, sollen mit einem Bericht hoffentlich bald eine Antwort erhalten. Für mich und wohl auch für meine Parteifreunde bilden diese Ausführungen die Grundlage zur Beurteilung der jeweiligen Rüstungsvorlagen. Wenn wir heute zustimmen, dann tun wir das aus folgenden Gründen:

1. Durch den Kauf dieser neuen Panzer wird nach Aussagen des Departementchefs und des Generalstabchefs die Panzerflotte nicht vergrössert. Pro neuer Panzer soll ein alter verschrottet werden. Das umstrittene und kostspielige Retrofitprogramm für die Centurions wird fallengelassen.

2. Die Lizenzfabrikation, die kostenmässig nicht viel über dem Kauf ab Stange liegt, gibt unserer Industrie einen notwendigen Know-how-Gewinn.

3. Der Finanzrahmen, der dem EMD vom Parlament gesteckt wurde, muss und, so hoffe ich, wird, über die kommenden 5 Jahre gemittelt, eingehalten.

4. Dieser Kauf mit der schnellen Beschaffungskadenz, wie sie die Kommission vorschlägt, hat keinen Einfluss auf die geplante Modernisierung der infanteristischen Ausrüstung und bedingt die Rückstellung anderer technisch hochstehender Rüstungsgüter.

Wir verbinden allerdings diese heutige Zustimmung mit der Erklärung, dass wir wachsam verfolgen werden, ob diese Zusicherungen des Bundesrates und der Armeespitze auch eingehalten werden. Wir sind der Überzeugung, dass die Konzeption 66 nicht schleichend und undemokratisch verlassen werden darf. Und hier komme ich zu einem zentralen Anliegen, das mich beschäftigt.

Das Armeeleitbild wird dem Parlament als Bericht zugestellt. Wir können bestenfalls diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Dieser Bericht soll für etwa 3 Legislaturperioden die Rüstungsvorlagen bestimmen. Unser Parlament kann aber zu Konzeptionsfragen erst Stellung nehmen und dies nur indirekt, wenn die einzelnen Rüstungsvorlagen vom Bundesrat freigegeben werden. Ich glaube aber, dass das Parlament bereits das Leitbild bestimmend gestalten müsste, damit es auch die Rüstungsvorlagen in einer Gesamtschau beurteilen könnte. Heute erachte ich das Leitbild in Berichtsform ans Parlament als eine reine Papierübung!

Die Landesverteidigung stellt eine Aufgabe dar, die zu einem grossen Teil der Armee übertragen wird. Der Auftrag wird aber durch die politischen Instanzen bestimmt. Die politischen Behörden, also namentlich das Parlament, tragen die Verantwortung. Das heisst für mich, dass eben dieses Parlament das Armeeleitbild massgebend mitgestalten soll.

Gerade vorliegendes Panzergeschäft muss uns zeigen, dass das Parlament sehr spät korrigierend eingreifen kann.

Ich weiss, dass sogenannte Demokratisierungsideen in Armee- fragen nicht überall eitel Freude auslösen. Eines muss aber doch mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, und dabei stütze ich mich auf eine Schrift von Alfred Ernst, der sicher kein Unbe-

kannter ist. Im Gegensatz zu totalitären Staaten ist für uns der Staat nicht Selbstzweck, sondern Mittel dazu, eine von uns gewollte Ordnung zu verwirklichen. Der Ausbau der inneren Ordnung ist die eine, deren Schutz gegen aussen die andere Aufgabe der Politik. Mag auch ein Entscheid der politischen Behörden in einem speziellen Fall sachlich falsch sein, er ist trotzdem der einzige legitime. Nur die politischen Instanzen handeln in einem demokratischen Staate im Auftrage des Volkes. Unsere Demokratie beruht auf der Überzeugung, dass die Summe aller Entscheide bei unserer Staatsform auf lange Frist besser ist als dies die Summe von undemokratischen Beschlüssen wäre. Dies gilt ganz bestimmt auch für die Armee.

Wenn ich dies hier bei der Behandlung dieser Panzervorlage sage, so hat dies seine Gründe. Ich muss gestehen, dass ich auch nach den Kommissionsberatungen ein etwas ungutes Gefühl hatte. Ich fühlte mich als Parlamentarier von seiten der Armee und der GRD irgendwie übers Ohr gehauen.

Den Bundesrat nehme ich hier einmal aus. Herr Delamuraz hat dieses Geschäft übernommen und sehr loyal der Kommission zu Diensten gestanden. Aber da wird eine Vorlage gebracht, die einerseits sehr wenig Information enthält und auf der andern Seite das grösste Rüstungsgeschäft seit Bestehen der Armee behandelt. Es schien mir, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung verlernt haben, dass auch solche Rüstungsgeschäfte vom demokratisch gewählten Parlament kritisch durchleuchtet werden müssen. Das will das Volk! Kritik von aussen, ich denke an die Presse, und kritische Fragen in der Kommission stiessen nicht selten auf eine mir unverständliche Abwehrreaktion von seiten dieser Leute. Ein Zugeben von Fehlern, die ja je-

der einmal machen kann, lag sowieso nicht drin. Ich kam mir irgendwie als Störefried vor! Und heute, meine Damen und Herren, werden wir beschließen, 40 Panzer weniger zu kaufen. Es macht dies allein gegen 400 Millionen aus. Dieser Vorschlag der Kommission wurde von den gleichen Leuten rasch und praktisch oppositionslos gutgeheissen, von den Leuten, die immer wieder sagen, sie verlangen nur das absolut Notwendige. Es wurden weiter an der Peripherie beträchtliche Abstriche vorgenommen, ohne dass echt an Substanz verloren geht. Auch dies praktisch oppositionslos. Muss das nicht zu denken geben?

Meine Damen und Herren, wir werden weitere Rüstungsgeschäfte behandeln müssen. Ich werde persönlich diese Vorlagen beurteilen, nach den Grundsätzen, die ich eingangs dargelegt habe. Dabei werde ich wohl kaum zu allem ja sagen können, wenn die Armeleitung ihren Wunschatalog nicht neu überdenkt. Aus diesem Panzergeschäft ziehe ich persönlich aber noch die Lehre, dass das Parlament seine Aufsichtsfunktion einerseits und sein Mitgestaltungsrecht anderseits in Militärfragen vermehrt wahrnehmen sollte.

Der Mirageskandal führte dazu, dass sicher auch auf Druck der Öffentlichkeit das Parlament einmal grundsätzlich über die Konzeption diskutierte. Man reduzierte die Stückzahl der geplanten Flugzeugflotte und stärkte gleichzeitig die Stellung der Infanterie. Es entstand, wenn ich richtig informiert bin, die Konzeption 66. Und nebenbei aus der KZA die GRD. Echte und konstruktive Auseinandersetzungen – denken wir an die beiden Exponenten Ernst und Züblin –, gepaart mit dem Willen des Parlamentes, einen Markstein zu setzen, führten zu

dieser notwendigen Neuorientierung.

Seither sind bald 20 Jahre vergangen, und das Parlament hat das Mitgestalten der Konzeption, die sich über die Armeeleitbilder schleichend zu verändern scheint, wieder aus den Händen gegeben. Ziehen wir aus diesem Panzergeschäft die Lehren. Wir

haben keinen neuen «Mirage-skandal», aber wir sollten die Überzeugung erlangt haben, dass auch in Armeefragen das Parlament in unserem Staate die Führungsrolle hat und diese auch tragen soll. Wo stehen wir und wohin geht die Entwicklung? Fragen, die das Parlament beantworten soll.

Herr Bundesrat, ich bitte Sie bei dieser Gelegenheit ebenfalls, mit aller Gründlichkeit den weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung zu überprüfen und uns noch vor der nächsten Rüstungsvorlage den versprochenen Bericht der Postulate Belser und der SP-Fraktion des Nationalrates vorzulegen.

Staat und Wirtschaft müssen sich ergänzen

Gardinenpredigt an die Schweizer Bankiers

Bundesrat Otto Stich am Schweizerischen Bankiertag

Alljährlich im Herbst findet der Schweizerische Bankiertag statt. Kommt im Bundesrat ein neuer Finanzminister ins Amt, so hat er dort regelmässig seinen Auftritt als Hauptredner. Dieses Mal war Bundesrat Otto Stich an der Reihe. Was er den vereinigten Schweizer Bankiers gesagt hat, ist allerorts als bemerkenswert registriert worden. Otto Stich hat Klartext gesprochen, bei aller Konzilianz ist er, wenn es um die Staatsfinanzen geht und um das, was die «Privaten» damit anstellen, ein harter Mann. Der Leser überzeuge sich selbst.

Die Banken im Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit dem Titel meines Vortrages keinen Schrecken eingejagt habe. Sie haben doch sicher angenommen, dass mit der Ablehnung der Bankeninitiative auch alle Spannungen aus der Welt geschafft wurden!

Wir können jetzt die Probleme weniger emotionsgeladen diskutieren, doch sind diese mit der Ablehnung der Initiative nicht in der Versenkung verschwunden oder schon gelöst worden.

Ganz abgesehen vom Bankengesetz kommen weitere Probleme hinzu, die uns gegenseitig berühren und beschäftigen: Internationale Verschuldung, neue Märkte für Financial Fu-

tures, Notesemissionen, ganz abgesehen von den Insiderproblemen, mit ihren Beziehungen zum Rechtsstaat und gar in den Auswirkungen bis zur Souveränität der Schweiz.

Darob wollen wir die eminent Bedeutung der Banken für unsere Wirtschaft nicht vergessen, weil sie durch Kreditzusicherung oder -verweigerung eine massgebende Rolle spielen in bezug auf die Innovation wie auch auf die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Als Finanzminister bin ich froh, wenn es den Banken gut geht. Schliesslich sind wir dabei, den Bundeshaushalt zu sanieren, und wenn es der Wirtschaft und den Banken gut geht, werden mehr Steuern abgeliefert. Das tun Sie in diesem Jahr ganz besonders, und des-

halb danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung. Oft spricht man heute von den Rahmenbedingungen der Wirtschaft und kommt dann rasch mit Forderungen nach Steuererleichterungen. Steuererleichterungen sind aber nicht denkbar, ohne dass wesentliche Aufgaben des Staates vernachlässigt werden müssen. Hier sind aber gewisse Grenzen erreicht. Umgekehrt gehört zu guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auch ein ausgeglichener Staatshaushalt und ein einigermassen stabiles Preisniveau.

Staat und Wirtschaft beeinflussen sich gegenseitig. Auch wenn heute der Ruf nach weniger Staat oft ertönt, so ist doch nicht zu übersehen, dass auf den verschiedensten Gebieten (auch von der Wirtschaft) immer von neuem Forderungen nach staatlichen Interventionen formuliert werden, denken wir beispielsweise an den Umweltschutz. Niemand wird eine staatliche Beeinflussung ablehnen, wenn es um das Überleben geht. *Die Arbeitsteilung darf aber nicht so aussehen, dass Gewinne zwar stillschweigend*